Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4236

27. 03. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christa Luft, Dr. Barbara Höll, Dr. Gregor Gysi und der weiteren Abgeordneten der PDS
– Drucksache 13/621 –

Gesetzliche Regelung der Grundsätze der staatlichen Finanzierung parteinaher Stiftungen

A. Problem

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, unverzüglich eine gesetzliche Regelung der Grundsätze der staatlichen Finanzierung der parteinahen Stiftungen, die bestimmten Anforderungen entsprechen soll, vorzulegen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 13/621 abzulehnen.

Bonn, den 5. März 1996

Der Innenausschuß

Dr. Willfried Penner
Vorsitzender und Berichterstatter

Hartmut Koschyk
Berichterstatter

Manfred Such
Berichterstatter

Dr. Guido Westerwelle
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Hartmut Koschyk, Dr. Willfried Penner, Manfred Such, Dr. Guido Westerwelle und Ulla Jelpke

I. Zum Verfahren

Der Antrag der Gruppe der PDS wurde in der 64. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. Oktober 1995 an den Innenausschuß federführend und an den Rechtsausschuß, den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung und den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der Haushaltsausschuß hat mitgeteilt, daß er sich bereits in seiner Sitzung am 29. November 1995 mit der Vorlage befaßt hat. Dabei hat die Abgeordnete Dr. Christa Luft als Mitglied der antragstellenden Gruppe der PDS für diese erklärt, sie nehme den Antrag zurück. Die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien sollten dadurch die Möglichkeit erhalten, eine gesetzliche Regelung zur Finanzierung parteinaher Stiftungen vorzubereiten, ohne über den Antrag auf Drucksache 13/621 förmlich abstimmen zu müssen. Der Haushaltsausschuß ist dabei davon ausgegangen, daß die Vertreter der Gruppe der PDS im Innenausschuß die Zurückziehung der Vorlage mittragen, und hat deshalb kein mitberatendes Votum übermittelt.

Der Innenausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 28. Februar 1996 abschließend beraten und ihn mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der antragstellenden Gruppe unter dem Vorbehalt des noch ausstehenden mitberatenden Votums des Rechtsausschusses abgelehnt. Da der Rechtsausschuß den Antrag mehrheitlich abgelehnt hat, brauchten die Beratungen im Innenausschuß nicht noch einmal aufgenommen zu werden.

II. Zur Begründung

Seitens der antragstellenden Gruppe ist im Ausschuß erklärt worden, daß der Antrag im Innenausschuß nicht zurückgezogen, vielmehr zur Abstimmung gestellt wird. Es geht der Gruppe der PDS darum, daß auch sie Mittel für eine parteinahe Stiftung bekommt.

Der Innenausschuß hat den Antrag abgelehnt, weil er sich an die Adresse der Bundesregierung richtet, im Kern aber eine eigene Angelegenheit des Parlaments betrifft. Er sieht eine Kompetenz zur Antragstellung in dieser Form zwar für gegeben an, der Materie nach handelt es sich aber um eine Sache des Parlaments. Die Gruppe der PDS kann deshalb nach Meinung des Ausschusses selbst die Initiative ergreifen und einen Gesetzentwurf vorlegen, anstatt dies von der sachlich nicht betroffenen Bundesregierung zu verlangen.

Seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde dem Antrag mit der Begründung zugestimmt, daß das Stiftungsrecht auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden muß. Sie hält die Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs für eine Aufgabe der Bundesregierung.

Bonn, den 5. März 1996

Hartmut Koschyk
Berichterstatter

Dr. Willfried Penner
Berichterstatter

Manfred Such
Berichterstatter

Dr. Guido Westerwelle
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333